



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/170 - 29. Juli 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24834-33  
Fernschreiber 0896890

Zur Berliner Erklärung	S. 1
Blitzbesuch Dulles in London	S. 3
Zur Situation der Lufthansa	S. 4
Beispiel Hessen	S. 6

## Produkt der Ideenlosigkeit

sp- "Wir können im Augenblick für die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr tun, als die gewählte Bundesregierung zu tun bereit ist". - Diesen Ausspruch konnte man in den vergangenen Monaten oft in Gesprächen mit westlichen Diplomaten hören. Dieser Ausspruch müsste auch wiederholt werden, wenn man die sogenannte "Berliner Erklärung" der Bundesregierung und der Westmächte charakterisieren wollte, die am Montag mit allen Begleiterscheinungen einer gezielten Propagandaaktion abgegeben wurde.

Selbst wohlwollende Betrachter der Politik Adenauers werden nicht umhin können, dieser Erklärung die Noten "ungenügend" und "ideenlos" zu geben. Sie enthält nämlich nichts, was nicht auch schon früher von der Bundesregierung und den Westmächten zu den gleichen Fragen gesagt wurde. Da wird als selbstverständliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung die freie Wahl angeführt, da wird festgestellt, dass die Teilung Deutschlands eine schwere Ungerechtigkeit den deutschen Volke gegenüber und zugleich die Hauptquelle der internationalen Spannungen in Europa ist und da wird schliesslich darauf hingewiesen, dass die ehemaligen Siegermächte für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages verantwortlich sind.

Man tut so, als ob das die Russen nicht auch wüssten, weicht aber geflissentlich der Frage aus, welcher militärischen Status ein in Freiheit und Frieden wiedervereinigtes Deutschland einmal haben soll. Alle bisherigen Verhandlungen über das Deutschlandproblem sind nämlich genau an diesen Punkt gescheitert. Die jetzige Bundesregierung hat es bisher immer noch verstanden, die Westmächte davon abzuhalten, dass sie das Problem des militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland zur

Sprache brachten. Die Folge davon war die Fortsetzung der militärischen Blockpolitik und die Verhärtung der Spaltung Deutschlands und Europas.

In der Berliner Erklärung lässt man nun durchblicken, dass ein wiedervereinigtes Deutschland möglicherweise Mitglied der NATO werden würde. Um den Russen diesen Gedanken schmackhaft zu machen, meint man treuherzig man würde allen interessierten Staaten einen Zusicherungsvertrag für deren Sicherheit anbieten. Ein wiedervereinigtes Deutschland, das mit seinem gesamten wirtschaftlichen und militärischen Potential - vielleicht auch noch mit Atomwaffen ausgerüstet - der NATO angehören würde, wäre nur denkbar nach einer Kapitulation der Sowjetunion vor den Westmächten. Eine solche Überlegung scheidet jedoch als ein Mittel der praktischen Politik im Zeitalter des atomaren Rüstungsgleichgewichts der beiden Weltmächte Sowjetunion und Vereinigte Staaten aus.

So gesehen, ist das Berliner Dokument nichts anderes als die ausdrückliche Bestätigung des Willens zur Fortsetzung der bisherigen militärischen Blockpolitik, die die Spaltung Deutschlands und Europas herbeigeführt und erheblich vertieft hat.

Als der Generalsekretär des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland", Dr. Wolfgang Schütz, vor kurzen von einer Vortragsreise aus den Vereinigten Staaten zurückkam, erklärte er, massgebende amerikanische Politiker hätten ihm versichert, dass auch die amerikanische Außenpolitik mit ihrem ganzen Gewicht die Wiedervereinigung Deutschlands fördern wolle. Diese Politiker hätten hinzugefügt, sie warteten auf neue Ideen aus Europa. Die Bereitschaft, diese neuen Ideen zu prüfen und wenn möglich in die Tat umzusetzen, sei vorhanden...

Die Berliner Erklärung, die - wie man glaubhaft in Bonn versichert - besonders auf Betreiben der Bundesregierung zustande gekommen ist, ist genau das, was wir jetzt nicht brauchen: das Produkt der Ideenlosigkeit dieser Regierung. Dabei sind im Zusammenhang mit den Londoner Abrüstungsverhandlungen die Chancen für die Bereitschaft der Westmächte zur Prüfung neuer Ideen durchaus gegeben. Das bestätigen sogar die Äusserungen von westlichen Diplomaten, die in den vergangenen Jahren in der NATO das A und O ihrer Politik erblickten. Die Bundesregierung hat wieder mal eine Chance verpasst. Sie ist und bleibt steril. Übrig bleibt von der sogenannten Berliner Erklärung der fade Geschmack einer bestellten Wahlpropaganda für Adenauer, die über die Ausweglosigkeit der Bonner Außenpolitik nicht hinwegtäuschen kann.

Als Retter der Abrüstungskonferenz ?

ler - Nur aussergewöhnliche Umstände dürften den amerikanischen Aussenminister Dulles zu seiner Blitzreise nach London bewogen haben. Die nun vier Monate dauernden Abrüstungsverhandlungen stecken unzweifelhaft in einer Krise. Noch sind nicht einmal sichtbare Ansatzpunkte einer Einigung in Teilfragen zu erkennen; die Verhandlungen zeichnen sich zwar durch ihren konzilianten Ton aus - es fehlen diesmal alle propagandistischen Elemente - aber das allein genügt wohl noch nicht, um in der Sache voranzukommen. Sicherlich mag das nicht an der Verhandlungsführung Staßens liegen. Der amerikanische Abrüstungsexperte hat es nicht nur mit dem tief eingewurzelten Misstrauen der Russen zu tun, als ebenso schwierig erweisen sich die Bedenken, Einwände und Eifersüchteleien der westlichen Verhandlungspartner.

Die überraschende Reise Dulles erfolgt auf direkte Intervention des Präsidenten Eisenhower. Dies widerlegt die in manchen westeuropäischen Hauptstädten sorgfältig gepflegte Behauptung, innerhalb der amerikanischen Führungsspitze bestehen über den Verlauf und die Wünschbarkeit eines Abrüstungsabkommens mit der Sowjetunion schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten. So hiess es noch vor kurzer Zeit, Staßen sei wegen seines Temperaments und seiner privaten Unterhaltungen mit Sorin von Dulles gerügt und zurückgepfiffen worden. Diese Stimmen, hinter denen der Wunsch als Vater des Gedankens stand, übersah aber, dass Eisenhower mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit die Konzeption der Abrüstung verfolgt und er als die oberste politische Instanz befugt ist, die Richtlinien der amerikanischen Aussenpolitik zu bestimmen.

Dulles ist nicht nach London gefahren, um einen vorpreschungs-freudigen Staßen zu bremsen, er unternahm im Auftrag Eisenhowers die Blitzreise, um die Abrüstungskonferenz zu retten. Amerika wirft dafür sein ganzes Prestige in die Waagschale. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz hätte in der Tat unübersehbare politische und psychologische Folgen. Westliche Versäumnisse auf diesem Gebiet kämen in weiten Teilen der Welt der Sowjetunion zugute, sie würde als "die Friedensmacht" dastehen und die Westmächte besonders in der asiatischen Welt in die Rolle eines Angeklagten und internationalen Störenfrieds versetzen. Washington hat dies früher als erscheinend London, Paris

29. Juli 1957

und Bonn erkannt. In einer neuen Kraftanstrengung will es versuchen, dieser verheerenden Konsequenz eines Scheiterns oder nur eines langen Stillstands der Abrüstungskonferenz zu entgehen.

Welches sind die Klippen, an denen das Londoner Gespräch, das bis zum 31. Juli beendet sein sollte, stecken blieb? Da ist einmal die Frage der Einstellung von nuklearen Versuchsexplosionen. Die Russen befürworten einen sofortigen, von Bedingungen nicht abhängig zu machenden Stopp aller Versuchsexplosionen für drei Jahre und das Verbot der Anwendung von Atomwaffen im Kriegsfall überhaupt. Der Westen wiederum hat sich zwar mit dem Gedanken eines Stopps befreundet, will ihn aber nur auf zehn Monate begrenzt wissen und knüpft ausserdem daran die Bedingung einer wirksamen Kontrolle und eines Produktionsstopps für Atomwaffen. Die Ausarbeitung eines in der Sache gewisse nicht einfachen Kontrollsystems nähme sehr viel Zeit in Anspruch, sodass bis dorthin die Versuchsexplosionen und Ausprobierungen neuer Waffen weiter erfolgen würden. Grossbritannien und Frankreich vor allem verfolgen diese Linie, weil sie in der Zwischenzeit - und nicht nur diese Staaten allein - genügend Zeit gibt, ihre Ausrüstung auf den neuesten Stand der Waffentechnik zu bringen. Dieser Aspekt flösst den Amerikanern nicht gelindes Grausen ein, damit träte gerade das ein, was sie mit der Sowjetunion verhindern wollen: den Ausbruch einer internationalen Atomarchie mit unübersehbaren Kettenreaktionen. Wie es heisst, soll Dulles in seiner Aktentasche einen Kompromissvorschlag haben. Er soll sich auf der Linie eines Stopps von Versuchsexplosionen für 18 Monate ohne den Anhang eines technisch komplizierter Kontrollapparats bewegen.

Das zweite grosse Hindernis ist die Frage der europäischen Inspektionszone. Für die Sowjetunion bleibt die Verlegung dieser Zone in die Eisfelder der Arktis unannehmbar, für den deutschen Bundeskanzler allerdings ist sie "substantiell". Querschüsse aus Bonn scheinen hier ziemlich oft nach den vagen Andeutungen von Dulles erfolgt zu sein; nach Aussen hin, vor der deutschen und internationalen Öffentlichkeit, gab sich zwar der Bundeskanzler den Anschein, als ob er in seinem Herzen auch die Inspektionszone eingeschlossen hätte, hinter den Kulissen aber wurde wohl eine andere Sprache gesprochen. Dies, und wohl die freilich aus anderen Motiven bestehenden Einwendungen aus Paris liessen stören seine Pläne noch nicht auf den Verhandlungstisch legen. Er fühlte sich hier in den Rücken gefallen. So bleibt ein Kernstück der internationalen Abrüstungsdiskussion in der Luft, nicht bedingt durch den Widerstand der Russen, sondern, wohlgemerkt, durch negative Vorbehalte der eigenen Bündnispartner.

Wird Dulles Auftauchen in London jenseits Mass von notwendiger Kooperation innerhalb der westlichen Alliierten erreichen, das für den weiteren Gang des Abrüstungsgesprächs unerlässlich ist? In dieser Blitzreise findet nicht nur die Ungeduld der Vereinigten Staaten über das zögernde, wenn nicht schon sabotierende Verhalten gewisser Bündnispartner seinen Niederschlag, in ihr bekundet sich auch die Entschlossenheit, die Abrüstung nicht scheitern zu lassen. Gerade die deutsche Aussenpolitik sollte, statt mit durchsichtiger Vorbehalten hier aufzuwarten, sich nicht quer legen, will sie nicht das erreichen, was sie so sehr befürchtet: eine mögliche Verständigung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten über das gesplante Deutschland hinweg. Mächtige Strömungen kennzeichnen schon eine solche Richtung.

Folgen ungeschickter Verhandlungstaktik

s. Die Lufthansa kann in absehbarer Zeit nicht nach Berlin fliegen, die Bemühungen, ihr eine Viermächtegenehmigung zur Benutzung der Luftkorridore nach Berlin zu verschaffen, sind gescheitert.

Allerdings haben sich nach Auskunft Berliner Stellen die Westalliierten auch nicht besonders energisch für die Belange der Lufthansa eingesetzt. Ganz offen ist von westalliierten Stellen die Frage gestellt worden, ob denn nicht eine Zulassung der Lufthansa zum Berlin-Verkehr wenigstens eine der drei (westalliierten) Fluggesellschaften überflüssig mache, die sich jetzt noch allein und ohne Konkurrenz in den Berlin-Verkehr teilen. Jeder der drei Westalliierten ist mit einer Fluggesellschaft an dem Geschäft beteiligt: die USA mit der PAA, die Engländer mit der BEA und die Franzosen mit der Airfrance.

Deutsche Stellen haben darauf zwar erwidert, dass die 44 zusätzlichen Flugplätze, die die Lufthansa ab Oktober mit drei neuen Maschinen anbieten könnte, auf den Strecken zwischen Berlin und Westdeutschland noch gut gebraucht werden könnten. Aber die Westalliierten fürchten wohl auch neben der Konkurrenz der Lufthansa vor allem die Möglichkeit, dass sich nach der Lufthansa auch noch andere westeuropäische Fluggesellschaften um Berlin-Routen bewerben könnten.

Ob die Bundesregierung die Lufthansa immer in der richtigen Weise unterstützt hat, ist zweifelhaft. Sie hat zwar der Lufthansa den Ankauf der drei neuen Maschinen ermöglicht, sogar ausdrücklich mit dem Hinweis, dass diese Maschinen im Berlin-Verkehr verwendet werden sollen. Am guten Willen hat es also nicht gefehlt. Aber die Verhandlungsführung mit den Westalliierten war - offenbar in dem Bestreben, besonders geschickt vorzugehen - dem Ernst des Anliegens unangemessen.

Der Beginn der Verhandlungen im vorigen Sommer fiel nämlich mit dem Ersuchen der BEA zusammen, Westdeutschland in einem gemeinsamen Liniendienst der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot auf der Strecke London-Warschau-Moskau überfliegen zu dürfen. Die Genehmigung hierfür macht das Bundesverkehrsministerium davon abhängig, dass sich Grossbritannien bei den Sowjets für den Berlin-Verkehr der Lufthansa verwalde.

Die Engländer haben sich auf diesen Handel nicht eingelassen. Keine:

der drei Westalliierten und auch nicht alle drei zusammen haben mit den Sowjets über den Berlin-Verkehr verhandelt. Sie haben erklärt, dass die Antwort der Sowjets voraussichtlich der Hinweis auf die Lufthoheit Pankows sein werde. Der Standpunkt der Bundesregierung, dass es sich hier - wegen der Benutzung der von den vier Mächten eingerichteten und garantierten Luftkorridore und wegen des Viermächtestatus von Berlin um eine Viermächteangelegenheit handelt - ist den Westmächten offenbar nicht mit der notwendigen Deutlichkeit auseinandergesetzt worden, denn man kann keinen Grund sehen, warum die drei Westmächte dieser Ansicht widersprechen haben sollten.

Aber dadurch, dass man die Konzession für eine über Westdeutschland führende Moskau-Route der BEA davon abhängig machte, dass Grossbritannien sich (mit den beiden anderen Mächten) an die Sowjets wende, hat man die einzig mögliche Verhandlungsbasis: die Viermächteverpflichtung, verlassen, das Ganze zu einem Geschäft auf Gegenseitigkeit umgedeutet und so den Westmächten erleichtert, sich um dieses Anliegen zu drücken.

Die BEA hat trotz der verweigerten Fluggenehmigung keinen Schaden: sie wird ihre Moskau-Route über Kopenhagen umleiten.

Bundesverkehrsminister Seebach selbst hat jetzt die Hoffnung aufgegeben, noch auf dem Weg über die vier Mächte die Fluggenehmigung für die Lufthansa zu erhalten. Wenn er dies dem Parlament noch vor seinem Auseinandergehen mitgeteilt hätte, würde er von dort vermutlich neue Anweisungen bekommen haben. Sein letzter Bescheid an den Bundestag datiert aus der Februar. So hat er sich die Chance, mit einer Rückenstärkung des Bundestages neue Verhandlungen auf anderer Ebene einleiten zu können, selbst genommen.

Der einzige Ausweg besteht jetzt darin, die Verhandlungen über den Flug der Lufthansa nach Berlin mit Pankow zu führen, etwa auf der Basis, wie man über den Interzonenhandel und andere Interzonen-Verkehrsfragen mit Pankow übereinkommt. Vielleicht könnte dies sogar die Westmächte wieder auf den Plan rufen, denn wenn Pankow der Lufthansa - unter Umständen im Austausch für Fluggenehmigungen der Ost-Lufthansa in Westdeutschland - das Überfliegen der Sowjetzone erlauben sollte, würde Pankow damit eine Fluggenehmigung innerhalb der Vier-Mächte-Korridore aussprechen: das wäre für die Westmächte zweifellos ein unangenehmer Präzedenzfall. Die Verhandlungen sind jetzt ein politisches Problem, es ist sehr bedauerlich, dass sie in ersten Anlauf durch eine Verschiebung der Verhandlungsgrundlagen gescheitert sind.

Schulbau wird in Hessen "gross" geschrieben

Von Dr. Bobke, Pressereferent

im hessischen Ministerium für Erziehung und Volksbildung

Fragen der Kulturpolitik sind in den letzten Monaten stärker als früher in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Fast täglich finden wir Nachrichten und Kommentare zur Lage der deutschen Wissenschaft und der ungenügenden Massnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses in der Presse. Einem Problem aber gilt schon seit vielen Jahren unverminderte Aufmerksamkeit, nämlich der Not unserer deutschen Schule und hier insbesondere dem noch immer vorhandenen Mangel an Klassenräumen. Die deutschen Bundesländer, bei denen ja nach dem Grundgesetz die Verantwortung für die kulturellen Belange unseres Volkes liegt, haben grosse Anstrengungen unternommen und seit 1945 vieles bessern können. Gerade dem Schulbau haben sie gemeinsam mit den Gemeinden ihre besondere Tatkraft zugewandt. Freilich sind der finanziellen Leistungskraft beider infolge der unbefriedigenden Verteilung des Steueraufkommens zugunsten des Bundes relativ enge Grenzen gesetzt.

Kürzlich war von der Ständigen Konferenz der Kultusminister zu hören, dass seit der Währungsreform für den Schulbau 3,5 Mrd. DM von Ländern und Gemeinden aufgewandt worden seien und dass der weitere finanzielle Bedarf für diesen Zweck auf etwa 4 Mrd. DM geschätzt werde. Das bedeutet, dass nach Meinung der Länderregierungen etwa die Hälfte des Weges zurückgelegt ist.

Wie ist nun die Situation in Hessen? Am Ende des Krieges waren 2455 Klassenräume in Trümmer gesunken. Am Stichtag der letzten Statistik im Jahre 1956 waren es 19 691 Unterrichtsräume einschliesslich der Turnhallen, in denen wieder Unterricht erteilt wird.

Seit 1945 wurden also 8846 Räume neu erstellt\*). Das heisst, dass in den Jahren nach dem Zusammenbruch - wobei die ersten Jahre des Wiederaufbaues zudem noch kaum ins Gewicht fallen - rund 90 v.H. des noch vorhandenen Schulraums oder fast die Hälfte des gegenwärtigen aus den Trümmern gewachsen sind.

Seit 1945 neuerstellter Schulraum Volks- einschl. Sonderschulen	Klassen- räume	sonstige Unter- richtsräume	Turn hallen
a) 1945 - 15. 5. 1955	3 852	910	117
b) 16. 5. 1955 - 15. 5. 1956	619	221	24
Gesamt	4 371	1 131	141

Mittelschulen

a) 1945 - 15. 5. 1955	163	55	4
b) 16. 5. 1955 - 15. 5. 1956	33	16	-
Gesamt	196	71	4

Höhere Schulen

a) 1945 - 15. 5. 1955	790	236	24
b) 16. 5. 1955 - 15. 5. 1956	79	42	3
Gesamt	869	278	27

## Berufsbildende Schulen

a) 1945 - 15. 11. 1955	877	586	-
b) 16. 11. 1955 - 15. 11. 1956	177	118	-
Gesamt	1054	704	-

In Hessen ist der Schulbau nach dem Schulkostengesetz Sache der Gemeinden und Kreise als Schulträger, die die Sachkosten zu tragen haben, während der Staat die Personalkosten übernimmt. Die Schulträger erhalten jedoch in der Regel erhebliche Bauhilfen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit. Seit der Währungsreform hat das Land für diese Zwecke rund 150 Millionen DM gegeben. Die Aufwendungen stiegen jährlich und werden im Rechnungsjahr 1957 mit rund 35 Millionen DM einen Höchststand erreicht haben. Man sollte also meinen, dass mit dieser imponierenden Leistung das Ziel, zu pädagogisch befriedigenden äusseren Schulverhältnissen zu gelangen, annähernd erreicht sein dürfte, da doch ein Mehrfaches des Zerstörten inzwischen errichtet wurde. Tatsächlich glaubt man in Hessen, dass das Problem des Schichtunterrichts in spätestens drei bis vier Jahren gelöst sein wird. Andere Länder rechnen zum Teil mit wesentlich grösseren Zeiträumen.

## Erheblicher Nachholbedarf aus der NS-Zeit

Um die Dinge jedoch im rechten Licht zu sehen, müssen wir uns ins Gedächtnis rufen, dass die Schulnot nicht allein aus den Kriegszerstörungen herrührt. Bereits in den Jahrzehnten vor dem Zusammenbruch, vor allem aber in der nationalsozialistischen Zeit, war der Schulbau vernachlässigt worden. Die Zahl der zu betreuenden Kinder stieg sprunghaft an, als die Heimatvertriebenen nach Westdeutschland strömten. Konkrete Angaben darüber, wieviel noch zu leisten ist, fallen darum so schwer, weil der Raumbedarf von vielerlei Faktoren abhängig ist, so von der Frage der durchschnittlichen Klassenstärke und der Klassenhöchstgrenze, von der Einführung oder Nicht-Einführung eines 9. oder 10. Schuljahres, denken wir z.B. auch an die von vielen Seiten aus pädagogischen und sozialen Gründen ersehene Forderung nach der Errichtung von Tagesheimschulen und anderem mehr. So wird die Einführung der Fünftageschule in der Wirtschaft auch auf diesem Gebiet ihre Konsequenzen nach sich ziehen. Alle Sachverständigen sind sich darüber einig, dass bei aller Kraftanstrengung dennoch das pädagogische Optimum nur in längeren Zeiträumen zu erreichen sein wird. Die Vorrangstellung des Schulbaus als öffentliche Aufgabe wird deshalb noch lange erhalten bleiben.

Der Schulbau ist jedoch nicht nur eine Sache des Geldes, sondern ebenso sehr oder noch mehr ein Ausdruck des Gestaltungswillens der dieser Zeit innewohnenden schöpferischen Kräfte. Wir müssen bedenken, dass die Kinder einen grossen und wichtigen Teil ihres Lebens in Schulzimmern verbringen, so dass diese Umgebung in ihrer seelischen und körperlichen Entwicklung Spuren hinterlässt. Es kann deshalb nicht gleichgültig sein, ob diese Räume hell und luftig oder dunkel und überfüllt sind. Kultusminister Hennig hat einmal gesagt: "Dass



die Schulen Stätten freudigen Lernens, Stätten des Kinderglücks, Stätten der Liebe im Sinne Pestalozzis sein mögen, ist ein heisses Anliegen aller Menschen, die sich für unsere Kultur und unsere Jugend verantwortlich fühlen".

#### Schulen - Ausdruck auch des Gestaltungswillens

In den Richtlinien für den Schulhausbau hat man sich deshalb auch die Erkenntnisse der Jugendpsychologie zunutze gemacht. Die Weltaufgeschlossenheit der neuen Schule, die innerlich und äusserlich den Entwicklungsgesetzen unserer Gesellschaft Rechnung trägt, kommt z.B. schon zum Ausdruck in den grossen Glasflächen und den weitausladenden Portalen. Auch die musische Bildung des jungen Menschen, die ja eines der wichtigsten Mittel im Kampf gegen die schädlichen Tendenzen der Technisierung bedeutet, wird schon vom Schulbau her befruchtet. Die Schönheit der architektonischen Gestaltung der Schulgebäude und die Fresken, Gemälde und Plastiken in ihnen können dazu beitragen, ein wesentliches Element menschlicher Bildung zu entwickeln. Spezialräume, etwa für Naturkunde oder Werkunterricht, und Turnhallen sowie Sportsportplätze gehören ebenfalls zum Bild einer modernen, lebensnahen Schule und finden sich bereits in vielen heussischen Neubauten. Die neuen heussischen Bildungspläne versuchen, den Weg zu einem Schulwesen zu weisen, das die Entwicklung der Gesamtgesellschaft berücksichtigt, die stoffliche Überlastung der Kinder bekämpft und die geistige Einheit des heute oft fachlich zersplitterten Unterrichts wiederherstellt. Den dort aufgezeigten Zielen muss auch der Schulbau in mannigfacher Weise dienen.

So wird deutlich, dass das Problem des Schulbaues nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern dass es hineingeht in den Gesamtzusammenhang der Schulpolitik, ja der Pflege der geistigen Quellen überhaupt, und erst auf dem Hintergrund einer durchdachten bildungspolitischen Konzeption seine volle Bedeutung erhält.

\* \* \*

" Die im Prinzip immer noch vertretene Einheit von Forschung und Lehre besteht kaum noch als ein in ausgewogenem Gleichgewicht befindlicher Zustand. In den meisten Disziplinen übt der Staat nämlich, ohne dabei selbst in Erscheinung zu treten, einen moralischen, man könnte auch sagen unmoralischen Zwang auf die Hochschullehrer aus. Er setzt als selbstverständlich voraus, dass der vermehrten Zahl von Studierenden Unterricht erteilt wird, der den staatlichen Prüfungsvorschriften formell entspricht, und rechnet damit, dass die Professoren sich scheuen, vor der Öffentlichkeit das Odium der Verweigerung der Übernahme einer de facto nicht tragbaren Verantwortung zu übernehmen, mit dem Ergebnis, dass der Unterricht schlechter, die Forschungstätigkeit immer geringer und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses unzureichend wird".

\* \* \* -Professor Hellmut Gerlach -

Verantwortlich: Günter Markscheffel